

Neue Krisen – bleibende Herausforderungen

Plädoyer für eine Kulturpolitik der Resilienz



Prof. Dr. Markus Hilgert ist Präsident der Universität der Künste Berlin sowie Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft

Foto: © Michel Buchmann

Im Jahr 2026 begeht die Kulturpolitische Gesellschaft (KupoGe) ihr 50-jähriges Bestehen. Wie bei jedem anderen ›runden Geburtstag‹ ist dies auch für die KupoGe Anlass, um einerseits kritisch Bilanz zu ziehen und andererseits nach vorn zu schauen und Aufgaben für die Zukunft zu definieren. Welche Grundannahmen haben sich bestätigt? Welche Ziele wurden erreicht und welche Versprechen erfüllt? Welche Lehren ziehen wir aus einem halben Jahrhundert Verbandsgeschichte und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für unsere kulturpolitische Programmatik und die kulturpolitische Agenda in unserem Land?

Die KupoGe hat sich seit jeher durch eine starke, wissenschaftlich fundierte und politisch progressive Programmatik profiliert. Dies hängt unmittelbar damit zusammen, dass – gewissermaßen vom ersten Tag an – Kultur im Verständnis des Verbandes »nicht reiner Überbau [...], bloße Verzierung des Alltags, ideologische Idealisierung von Lebenszusammenhängen durch die Beschwörung des Guten, Wahren und Schönen« war, sondern vielmehr »Methode des menschlichen Zusammenlebens« und damit selbst als »ein produktives Element gesellschaftlicher Zustände« angesehen wurde¹. Das »Grundsatzpapier« der KupoGe vom Mai 1976 kann als Gründungsmanifest des Verbandes gelten und prägt bis heute

sein Selbstverständnis sowie seine kulturpolitische Programmatik: Die Programmdebatte in den 1980er Jahren, die Grundsatzzerklärung aus dem Jahr 1998 sowie das 2012 verabschiedete Grundsatzprogramm der KupoGe sind nur vor dem Hintergrund der programmatischen Setzungen aus dem Jahr 1976 verständlich, auch oder gerade dann, wenn sie sich an diesen Setzungen reiben oder diese konzeptuell weiterentwickeln².

Zur Aktualität demokratischer Kulturpolitik

Es sind vor allem zwei Reaktionen, die die Lektüre des Grundsatzpapiers der KupoGe aus dem Jahr 1976 bei mir hervorruft: 1. Tiefe Bewunderung für die ebenso prägnante wie umfassende Darstellung der Defizite und Handlungsbedarfe in der zeitgenössischen Kulturpolitik Deutschlands und 2. Erstaunen darüber, wie aktuell dieser Text auch heute noch ist oder, anders formuliert, wie wenige von den seinerzeit benannten Aufgaben für die Kulturpolitik in Deutschland in den letzten 50 Jahren definitiv gelöst werden konnten. Stellvertretend genannt seien hier nur »eklatante kulturpolitische Defizite in Öffentlichkeit und Parteipo-

litik«, »Vernachlässigung der Kulturforschung«, »Fehlen kulturpolitischer Konzepte in Kommunen, bei Parteien, Gewerkschaften, Verbänden etc.«, »Isolierung kulturpolitischer Planungen von anderen gesellschaftspolitischen Maßnahmen«, »Abstimmung regionaler Kulturpolitik mit der von Nachbarregionen«, »Abstimmung kultureller Initiativen und ihrer kulturpolitischen Betreuung auf Bundesebene« sowie, nicht zuletzt, die Wiederherstellung des »Zusammenhang[s] von Kulturpolitik und Bildungspolitik«.

Die Liste der von der KupoGe vor 50 Jahren formulierten, bis heute unerfüllten kulturpolitischen Desiderate ließe sich leicht ausdehnen. Die Frage, die auf der Hand liegt, ist, ob dieser ernüchternde Befund mit der schieren Größe der Herausforderungen in der Kulturpolitik Deutschlands zu erklären ist oder vielmehr mit der ebenfalls 1976 von der KupoGe diagnostizierten »permanente[n] Benachteiligung der Kulturpolitik gegenüber anderen Sektoren« oder gar mit einem Zusammenwirken beider Faktoren. Dies ist nicht der Ort, um zu erörtern, warum im Deutschland der Nachkriegszeit eine wissenschaftlich fundierte und theoretisch avancierte kulturpolitische Programmatik sowie ein ausgeprägtes Verständnis der bestehenden Herausforderungen nicht zu einer substantiellen Aufwertung und Stärkung der Kulturpolitik im Vergleich mit anderen Politikfeldern geführt hat und warum infolge-

2 Eine umfassende Darstellung und kritische Würdigung der programmativen Entwicklung der KupoGe bietet Sievers, Norbert (2026): Reflexion an Programm. Die Programmdebatten der Kulturpolitischen Gesellschaft, in: Sievers, Norbert/Tobias J. Knoblich/Birgit Mandel (Hrsg.) (2026): Jahrbuch für Kulturpolitik 2025/26, »50 Jahre Kulturpolitische Gesellschaft - Diskursgeschichte« (erscheint im Frühjahr 2026)

1 Kulturpolitische Gesellschaft e. V., Grundsatzpapier (1976).

dessen die von den Gründungsvätern der KupoGe identifizierten »eklatante[n] kulturpolitische[n] Defizite in Öffentlichkeit und Parteipolitik« bis heute die politischen Rahmenbedingungen für Kultur und ihre Akteur*innen prägen. Es ist jedoch klar und bei allen zukünftigen Bemühungen um eine zeitgemäße kulturpolitische Programmatik zu berücksichtigen, dass die Anliegen, für die die KupoGe seit einem halben Jahrhundert eintritt und die im Kern den politischen Rang und die gesellschaftliche Wirksamkeit von Kulturpolitik betreffen, kaum etwas von ihrer Relevanz und Dringlichkeit eingebüßt haben.

Programmatische Implikationen

Welche Lehren lassen sich aus dieser Analyse für die zukünftige programmatische Arbeit der KupoGe ziehen?

1. Zentraler Ansatzpunkt muss die vorausgehend hergeleitete Erkenntnis sein, dass Kulturpolitik in Deutschland und damit die Rahmenbedingungen für die Arbeit im Kultursektor trotz kontinuierlich gestiegener Budgets nicht die politische und gesellschaftliche Zentralität und Stabilität besitzen, die der Kultur als »Methode des menschlichen Zusammenlebens« und Infrastruktur gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit zukommen sollte. Statt Zentralität und Stabilität sind vielmehr Marginalität und Vulnerabilität seit jeher Kennzeichen kulturellen Schaffens in Deutschland. Marginalität und Vulnerabilität führen aber vielfach zu Prekarität.

2. Grund dafür ist weniger ein Defizit an theoretischem Wissen um Herausforderungen, Aufgaben und notwendige Maßnahmen als ein Defizit in der praktischen Umsetzung, Evaluation und gegebenenfalls Anpassung dieser Maßnahmen und ihre Koordinierung auf den Ebenen der Kommunen, der Länder und des Bundes.

3. Angesichts aktueller, parallel auftretender Krisen, die die Sicherheit, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, den Zusammenhalt sowie, nicht zuletzt, die freiheitlich-demokratische Verfassung unserer Gesellschaft bedrohen, muss die kulturpolitische Programmatik noch sehr viel klarer als bisher Anpassungsfähigkeit, Zentralität und Stabilität sowie die Stärkung von Freiheit und Vielfalt als Leitprinzipien kulturpolitischen Handelns in den Blick nehmen und daraus Strategien zur Stärkung der Resilienz in der Kultur ableiten.

Kulturpolitik der Resilienz

Vor diesem Hintergrund möchte ich für eine *Kulturpolitik der Resilienz* plädieren und vorschlagen, die konzeptuelle und praktische Leistungsfähigkeit dieses Ansatzes im Rahmen der aktuellen Programmdebatte der KupoGe auszuloten.

Die Kulturpolitik der Resilienz strebt danach, den Kultursektor durch Vorsorge und die Stärkung seiner Widerstandsfähigkeit gegenüber Krisen wie Naturkatastrophen, bewaffneten Konflikten,

Pandemien oder anti-demokratischen Einflüssen zu sichern. Sie fordert eine nachhaltige Kulturpolitik, die auf verschiedenen Ebenen (Bund, Länder, Kommunen) umgesetzt werden muss, und betont die Bedeutung der Freiheit der Kunst und Kultur für eine funktionierende Demokratie. Wichtige praktische Ansätze sind dabei das Stärken von Netzwerken, die Förderung von Selbstreflexion und die Akzeptanz von Fehlern als Lernchance, um zukünftig widerstandsfähiger zu sein.

Der Begriff Resilienz bezeichnet dabei nicht nur »Widerstandsfähigkeit«, sondern auch Anpassungs- und Erneuerungsfähigkeit. Kulturelle Praxis erzeugt Räume, in denen gesellschaftliche Konflikte ausgehalten, Narrative geteilt und Vertrauen gestiftet werden können. Eine resiliente Demokratie braucht diese resilienten kulturellen Räume, die Teilhabe sichern und die Fähigkeit fördern, Ambiguitäten auszuhalten.

Eine Kulturpolitik der Resilienz begründet so eine Abkehr vom reinen Wachstums- und Innovationsimperativ hin zu praxistauglichen und dauerhaft tragfähigen Strukturen. Nur so kann Kultur als »Methode menschlichen Zusammenlebens« gerade auch in Krisenzeiten ihre gesellschaftlich stabilisierende Aufgabe erfüllen. ■